

FA Umwelt, Bau und Wohnen, Wirtschaft, Nahversorgung, Gewerbe (Beirat Neustadt)

Ergebnisprotokoll der öffentlichen Sitzung (Nr. 06/23-27)

vom 07.03.2024 von 18.30 Uhr bis 20:10 Uhr in der Aula der Wilhelm-Kaisen-Oberschule, Valckenburghstraße 1-3, 28201 Bremen

Anwesend: Peter Hackenberg, Ulrike Heuer, Gabriele Mahro, i.V. Janne Müller, Jens Oppermann, Azalea Rahman, Wilfried Scharfenberg

Beratend: i.V. Lars Köke, Anke Maurer, Colin Nolte

Fehlend: Judith Maschke (e), Henner Lothar

Referent:innen/Gäste: Herr Krebs (Kaufmännischer Vorstand des Vereins Innere Mission Bremen), Herr Röhr (Vorstandssprecher des Vereins Innere Mission Bremen)

Gäste: Vertreter:innen der Polizei, der Presse und weitere interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Viktoria Hochlan (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Abkürzungen: FA=Fachausschuss, OAL = Ortsamtsleitung, UBB = Umweltbetrieb Bremen

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit der Sitzung und Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 08.02.2024 (Nrn. 05/23-27)

Beschluss: Das Protokoll vom 08.02.2024 wird ohne Änderungen genehmigt. (4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

TOP 3. Bürger:innenanträge, Fragen, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

- Ein Bürger erwähnt, dass die mobile Schranke an der Parkplatzeinfahrt auf Höhe der Bushaltestelle Stenumer Straße zum Huckelrieder Friedensweg ständig geöffnet sei. Daraus ergebe sich eine Gefahrensituation, da viele Autofahrende die Durchfahrt über den Parkplatz nutzen würden, um Ampeln zu umfahren und so den Fahrrad- und Fußweg schneiden würden. Uwe Martin erklärt, dass das Ortsamt sich dieser Angelegenheit annehmen und Erkundigungen einholen werde.
- Eine Bürgerin erkundigt sich nach den geplanten Bauarbeiten im Kornquartier. Hierzu wird von Seiten des FA und der OAL erläutert, dass die Erschließung des Bereichs bereits begonnen habe und der Beirat Neustadt über die weiteren relevanten Fortschritte des Bauvorhabens informiert werde.
- Ein Bürger ergreift das Wort, um sich nach der Bepflanzung an der Friedrich-Ebert-Straße zu erkundigen. Stadteinwärts sollen Bäume die Straße säumen, stadtauswärts fehle ihm diese Begrünung. Daher wünsche er sich, dass dieses Anliegen angegangen werde.

- Auch weitere im Publikum anwesende Bürger:innen melden sich zu Wort und betonen, dass auch die Thedinghauser Straße, sowie die Meyerstraße und die Waterloostraße begrünt werden sollten.
Uwe Martin erklärt hierzu, dass es schwierig sei, Straßenbäume zu pflanzen, da hierfür häufig bereits bestehende Fuß- und Fahrradwege um geplant werden müssten. Außerdem bräuchten die Bäume große Pflanzgruben, für die wegen der Leitungen, die unter den Wegen verlaufen würden, häufig nicht ausreichend Platz vorhanden sei.
Ein FA-Mitglied der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betont in diesem Zusammenhang, dass der Beirat Neustadt sich seit Jahren darum bemühe, mehr Straßenbäume, gerade in dieser Gegend pflanzen zu lassen, dies aber wegen der unterirdisch verlaufenden Leitungen schwierig sei. Die entsprechenden Ressorts seien jedoch am prüfen, ob es alternative Möglichkeiten gebe, mehr Straßenbäume zu pflanzen.
Weitere Mitglieder des FA der LINKEN und der SPD geben hierzu an, dass es sinnvoll sei, die aktuellen Möglichkeiten der Straßenbaumpflanzung in der genannten Gegend bei dem UBB zu erfragen. Für diesen Schritt spricht sich der gesamte FA aus.
- Bezüglich des Baustopps am Delmemarkt erkundigt sich eine Bürgerin über den aktuellen Stand. Die OAL erklärt hierzu, dass bei den Maßnahmen zur Pflanzung neuer Bäume am Delmemarkt festgestellt worden sei, dass sich unter dem Delmemarkt ein alter Bunker befinde. Nun sei es auf der Baustelle zu einem Stillstand gekommen, da die weiteren Möglichkeiten geprüft werden müssten. Diesbezüglich gebe es noch keine konkrete Planung.
- Ein Mitglied der Seniorenvertretung berichtet von einer kürzlich stattgefundenen, erfolgreichen Müllsammelaktion auf dem Menkenmarkt. Ende April soll eine derartige Aktion erneut stattfinden.
Überdies betonte sie, dass die Situation am Menkenmarkt insgesamt besorgniserregend sei, da die Filiale des Bäckers Trage schließen solle. Die Nahversorgung, gerade für ältere Menschen sei dort ein großes Problem. Auch sei das ehemalige Penny-Gebäude mittlerweile am verkommen.
Uwe Martin erläutert, dass die Abrissgenehmigung des Penny-Gebäudes bereits 08/22 am auslaufen gewesen sei und daher von Seiten des Ortschaftes eine Nachfrage bei der Stadtplanung erfolgen könne.
Bezüglich der Schließung der Bäckerei Trage-Filialen könne er mitteilen, dass Herr Trage tatsächlich seinen Betrieb komplett schließen werde, jedoch bereits auf der Suche nach einer Nachfolge / Übernahme der Filiale Menken Markt sei, da der Standort attraktiv sei.

Bezüglich des Neubaus eines Nahversorgungsmarktes (ehemals Netto Markt) ist die GEWOBA aktiv. Die Verhandlungen mit potentiellen Marktbetreibern laufen, sobald der Vertrag steht, kommt eine Info an Beirat.
- Ein Bürger berichtet bezugnehmend auf das in der Sitzung des Beirates Neustadt am 29.02.24 vorgestellten Vorhabens der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft und des UBB zur Erneuerung der Fuß- und Radwege an der Kleinen Weser (Nordufer), dass er nicht nachvollziehen könne, weshalb keine Beleuchtung des Weges geplant sei. Die unbeleuchteten Wege würden eine Gefahr für alle Nutzenden darstellen. Daher bitte er darum, dass der Beirat sich um die Beleuchtung dieses Weges bemühe.

- Der OAL, sowie ein FA-Mitglied der PARTEI betonen, dass bereits in der Beiratssitzung am 29.02.24 von der Referentin betont worden sei, dass eine Wegbeleuchtung aus verschiedenen Gründen nicht installiert werde und dieser Punkt für die Behörde der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft nicht verhandelbar sei.
- Auch führt der Bürger an, dass nach den Unterrichtszeiten und am Wochenende viele Kinder den Schulhof der Ganztagsgrundschule Buntentorsteinweg nutzen würden und er sich durch den daraus resultierenden Lärm gestört fühle. Daher wünsche er sich, dass das Spielen am Wochenende dort untersagt werde oder zumindest geräuschkindernde Maßnahmen durchgeführt würden. Der OAL erläutert, dass dem Beirat und dem zuständigen FA die Anliegen des Bürgers bekannt seien, der Beirat sich damit abschließend befasst habe und dem Bürger seine weiteren Handlungsmöglichkeiten bekannt seien.

TOP 4. Erneuerung von Sitzbänken am Werderufer „Kleine Weser“- Anfrage UBB

Uwe Martin erklärt den Sachverhalt. Der UBB, sowie einige ansässige Bürger:innen wünschen sich eine Erneuerung der Sitzbänke in der Grünanlage „Kleine Weser, Nordufer“ auf dem Wegstück Höhe der Friedrich-Ebert-Straße bis zur Hochschule für Nautik. Das Projekt der Wegeerneuerung der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft und des UBB am Werderufer (Vorstellung auf der Beiratssitzung am 29.2.2024) sei nicht inbegriffen. Die Finanzierung dieser Maßnahme durch den UBB sei aktuell nicht möglich, da Bremen sich in der haushaltslosen Zeit befinde und dem UBB, laut eigener Aussage ohnehin keine Mittel zur Erneuerung der Bänke zur Verfügung stünden. In der Sitzung des Koordinierungsausschusses am 15.02.2024 sei vereinbart worden, dieses Thema in dieser Sitzung des FA Umwelt, Bau und Wohnen, Wirtschaft, Nahversorgung, Gewerbe zu besprechen.

Hier gebe es nun die Möglichkeiten diese Maßnahme entweder durch Globalmittel zu finanzieren, dann wäre die Maßnahme zeitnah durchführbar oder über das Stadtteilbudget zu finanzieren. Aufgrund der aktuell haushaltslosen Zeit könne diese Maßnahme dann voraussichtlich erst im Herbst dieses Jahres durchgeführt werden, nachdem der neue Haushalt für Bremen beschlossen worden sei. Nach Rücksprache mit UBB sollen die Kosten der Erneuerung der Bänke sich auf ca. 2.000,- € belaufen. Um die Kosten möglichst gering zu halten, handele es sich bei der Erneuerung lediglich um die Sitzbalken.

DIE LINKE tendiert zur Finanzierung aus Mitteln des Stadtteilbudgets, da die Globalmittel jedes Jahr zügig aufgebraucht seien.

Die SPD spricht sich für eine zeitnahe Umsetzung aus, da die Bänke im Sommer nutzbar sein sollten. Daher sei die Finanzierung aus Globalmitteln wünschenswert.

Nach kurzer Aussprache der FA-Mitglieder wird der folgende Beschluss gefasst.

Beschluss: Der Fachausschuss für Umwelt, Bau und Wohnen, Wirtschaft, Nahversorgung, Gewerbe beschließt einen Initiativantrag und bewilligt Globalmittel i.H.v. 2.000,- € für die Erneuerung der Balken der Sitzbänke in der Grünanlage „Kleine Weser, Nordufer“. (einstimmig)

TOP 5. Beschlussfassung zu: Genossenschaftswohnungen

Vor der Erläuterung dieses TOP verteilt ein FA-Mitglied von DIE LINKE eine Tischvorlage des abgeänderten Beschlussvorschlages an alle anwesenden FA-Mitglieder.

Ein FA-Mitglied der Partei DIE LINKE erläutert den Sachverhalt. Der Gemeinnützige Beamten Wohnungsverein e.G. unterhalte ein Wohngebäude auf dem Erbpachtgrundstück Gastfeldstraße 17-19. Der in diesem Jahr auslaufende Erbpachtvertrag solle nicht verlängert werden, weshalb Mitglieder:innen und Nutzer:innen dieser Genossenschaftswohnungen gegenüber dem Beirat Neustadt Sorgen geäußert haben sollen, dass deren lebenslanges Wohnrecht dadurch verwirkt sein werde, sowie weitere Vorteile des genossenschaftlichen Wohnens entfallen würden.

Ein Mitglied des FA gibt hier zu bedenken, dass der Finanzsenator und Falk Wagner, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, bereits in Gesprächen seien, wie weiter mit dem Grundstück und den Mieter:innen der Gastfeldstraße 17-19 verfahren werden könne.

Ein Mitglied des FA von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konkretisiert, dass es sich bei diesem Anliegen nicht ausschließlich um die Situation in der Gastfeldstraße 17-19 drehen solle, sondern vielmehr die Allgemeinsituation bezüglich genossenschaftlichem Wohnen in der Neustadt von Interesse sei. Dies umfasse Fragen wie: Gibt es weitere genossenschaftliche Wohnungen in der Neustadt? Sollen die Verträge für diese Wohnungen möglicherweise ebenfalls auslaufen? Sind bezüglich solcher Problematiken bereits Maßnahmen ergriffen worden?

Die Situation in der Gastfeldstraße helfe, das Problem insgesamt in die Öffentlichkeit zu rücken.

Ein Mitglied der LINKEN äußert die Sorge, dass die Situation in der Gastfeldstraße abstrahiert werde. Er halte es für sinnvoll, die Gespräche vom Senator für Finanzen und Herrn Wagner abzuwarten und dann eine weitere Konkretisierung der Unterstützungsmöglichkeit der betroffenen Menschen durch den Beirat Neustadt vorzunehmen.

Außerdem habe die GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen sich bisher diesbezüglich bedeckt gehalten, weshalb etwas Druck von Seiten des Beirates Neustadt zur Auskunft wünschenswert sei.

Ein FA-Mitglied vertretend für die SPD verweist in diesem Zusammenhang auf § 7 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter. Demnach seien keine weiteren Maßnahmen von Seiten des Beirates notwendig, da das öffentliche Interesse an diesem Vorhaben groß sei und die Behörde daher zur Auskunft verpflichtet sei. Er werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Diesem TOP liegt ein gemeinsamer [Beschlussvorschlag](#) der Fraktionen DIE LINKE und DIE GRÜNEN vor der ohne die Begründung verlesen wird, die OAL weist darauf hin das der BV mit Begründung den Beiratsmitgliedern bekannt sei und dieser auf der Website des Ortsamtes hinterlegt ist.

Beschluss: Die Genossenschaft, der „Gemeinnützige Beamten Wohnungsverein eG“ unterhält ein Wohngebäude auf dem Erbpachtgrundstück Gastfeldstr. 17-19. Die Genossenschaft hat den im Herbst 2024 auslaufenden Erbpachtvertrag nicht verlängert. In Folge fällt das Grundstück an die Stadtgemeinde Bremen zurück und aus dem Genossenschaftsbestand heraus. Die dort wohnenden Genossenschaftsmitglieder verlieren damit für ihre Wohnungen an diesem Standort ihre Genossenschaftsrechte.

Vor diesem Hintergrund bittet der Beirat Neustadt die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung um Auskunft darüber,

- **ob es weitere Fälle aufgegebener, insb. wirtschaftlich nicht zu haltender Genossenschaftswohnungen in der Neustadt gibt und welches genau die Gründe dafür sind;**
- **wie verhindert werden kann, dass Genossenschaftswohnungen aufgegeben werden;**
- **wie in diesen Fällen die genossenschaftlichen Rechte der Betroffenen gesichert bleiben;**
- **wie viele Grundstücke und Einzelobjekte im Bereich Neustadt von der Stadtgemeinde Bremen an Genossenschaften insgesamt derzeit vermietet/verpachtet werden.**

Begründung: Das Genossenschaftswesen ist eine wichtige Säule einer sozialen Wohnungsbaupolitik. Während für die Schaffung neuer Genossenschaften Förderprogramme vorgesehen sind (s. z.B. Koalitionsvertrag für die 21. Wahlperiode, Ziff.4476), muss auch der Erhalt bestehender Genossenschaften Beachtung finden; dies insbesondere angesichts der Anforderungen an die klimagerechte Sanierung der Gebäude und der Wärmeversorgung und im Hinblick auf die möglicherweise gravierenden Folgen für die Mitglieder der betroffenen Genossenschaft. (einstimmig bei zwei Enthaltungen)

TOP 6. Innere Mission zum aktuellen Sachstand Altenpflegeheim Kirchweg

Die Referenten Herr Krebs und Herr Röhr, beide Beschäftigte des Vereins Innere Mission in Bremen, berichten zu diesem Thema.

Herr Krebs beginnt, dass bei dem Altenpflegeheim im Kirchweg zwischen den beiden Gebäudeteilen, Neu- und Altbau, unterschieden werde.

Für den Altbau haben einige Gespräche mit diversen Interessenten stattgefunden und es sei bereits ein potenzieller Mieter in Aussicht. Ein Architekt habe sich den Gebäudeteil angeschaut und dabei die möglichen Umbaumaßnahmen, sowie die entsprechenden Kosten kalkuliert. Es gebe jedoch keinen finalen Stand mitzuteilen, da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien.

Herr Röhr ergänzt, dass der gesamte Gebäudekomplex, trotz Vermietung, der Sozialnutzung dienen solle.

Herr Krebs erläutert daraufhin weiter, dass es sich bei dem gesamten Gebäude um eine zu große Fläche handele, um diese ausschließlich durch die Innere Mission betreiben zu können, weshalb ein Mieter für den Altbau gesucht werde.

Im Neubau seien mehrere unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten geplant, die alle durch die Innere Mission betrieben werden sollen. Über 2,5 Etagen soll, laut Herrn Krebs, Wohnraum für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen entstehen. Hierbei werde es Wohneinheiten für Menschen mit viel Betreuungsbedarf geben, Wohneinheiten mit Wohntraining und etwas Unterstützung durch Fachpersonal, sowie Wohneinheiten für ambulantes Wohnen für Menschen mit geringem Betreuungsbedarf.

Zusätzlich sei in dem Neubau ein Beratungsangebot für Menschen aus Osteuropa geplant. Diese sollen in ihren Heimatsprachen bei dem Prozess der Integration und der Orientierung bei der Arbeitssuche in Deutschland unterstützt werden. Dieses Beratungsangebot gebe es bereits, es solle dann in das neue Gebäude umziehen.

Als weitere Nutzungsmöglichkeit sei geplant, die Verwaltung der Inneren Mission dort unterzubringen, um so Mietkosten bei der Anmietung von Verwaltungsflächen einsparen zu können.

Abschließend erläutert Herr Krebs, dass es keine konkreten Pläne für das Rondell, das Verbindungsstück zwischen Neu- und Altbau, gebe. Das Rondell könne dazu dienen als Campus den Stadtteil zu integrieren und so die Inklusion fördern zu können und Angebote für den Stadtteil zu initiieren. An dieser Stelle betont Herr Krebs, dass er für Ideen zur Umsetzung offen sei.

Vertreter:innen der Bürgerinitiative ZwiWeKo zeigen ein Banner: Leerstand! Karitative Praxis in Zeiten von Wohnungsnot?

Ein FA-Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt an, dass sie die geplante Verwendung des Rondells befürworte und sich über regelmäßige Updates der Maßnahme freuen würde.

Ein Mitglied des FA der LINKEN erkundigt sich über den Zeitplan des gesamten Vorhabens und wünscht sich nähere Informationen zum Altbau.

Darauf entgegnet Herr Krebs, dass der gesamte Komplex frühestens Mitte 2025 genutzt werden könne, dann seien die Arbeiten aber besonders schnell vorangeschritten. Die Innere Mission habe kein Interesse an Leerstand, dennoch müsse die weitere Verwendung gut geplant sein, da die Gebäude für viele weitere Jahre genutzt werden sollten.

Ein Mitglied der SPD erkundigt sich nach der Kostenübernahme für die Sanierung des Altbaus und wünscht sich ebenfalls, über die weiteren Schritte des gesamten Vorhabens informiert zu werden. Herr Krebs erläutert, dass ein Architekt das Gebäude bereits komplett begutachtet und eine Kostenaufstellung erstellt habe. Die weitere Planung hänge von den künftigen Mietern und der Nutzung des Altbaus ab. Der äußere Rahmen solle jedoch schnellstmöglich saniert werden, was die Innere Mission über entsprechende Bankkredite selbst finanziere. Auch die Kreditverhandlungen mit den Banken seien ein weiterer Zeitfaktor bei der Umsetzung des Projektes.

Die FA-Mitglieder der Partei DIE LINKE fragen nach, warum dort keine Unterbringung geflüchteter oder wohnungsloser Menschen erfolge, da die aktuellen Unterbringungsmöglichkeiten kein angenehmes Wohnen gewährleisten könnten. Es wird sich danach erkundigt, ob eine derartige Unterbringung, auch in Anbetracht der Möglichkeit, dass der Zeitplan für den Umbau und die Sanierung möglicherweise nicht eingehalten werden könne, möglich sei.

Herr Krebs gibt daraufhin an, dass eine Zwischennutzung durchaus denkbar und gewünscht sei, dass jedoch keine Vorschläge an die Innere Mission herangetragen worden seien. Er sei offen für Nutzungsvorschläge. Diese müssten jedoch möglich, konkret und umsetzbar sein.

Mitglieder der StadtteilGenossenschaft Hulsberg eG / der Bürgerinitiative ZwiWeKo melden sich zu Wort und teilen mit, dass sie sich bereits seit einer Weile um Gespräche mit der Inneren Mission bemüht hätten, um eine Wohnnutzung in den Gebäuden zu ermöglichen, jedoch niemals eine Kooperation zustande gekommen sei.

Herr Krebs betont, dass ihm keine konkreten Vorschläge zur Zwischennutzung bekannt seien. Er jedoch in regelmäßigem Austausch mit einer Vertreterin sei und die Innere Mission Gründungsmitglied der StadtteilGenossenschaft Hulsberg eG sei.

Ein FA-Mitglied der SPD gibt an, dass er das gesamte Vorhaben befürworte und die Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanager anrege.

TOP 7. Lage Neuer Markt

Der OAL, Uwe Martin, erklärt, dass es in den Geschäftsräumen im Erdgeschoss Am Neuen Markt 18 zu baulichen Veränderungen kommen werde. Auf Rückfrage des Ortsamtes sei von der Senatorischen Behörde für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung mitgeteilt worden, dass das Ortsamt / der Beirat bei baulichen Vorhaben, die den inneren Umbau von Gebäuden betreffen, nicht beteiligt werden müsse (Dienstanweisung 443). Der Bebauungsplan sehe eine Nutzung zum Wohnen vor, was bei der aktuellen Wohnungsnot prioritär zu behandeln sei. Hierbei soll Wohnraum entstehen und die Fläche, nicht wie bisher, als Gewerbefläche genutzt werden.

Die Beiratsfraktion DIE LINKE wünsche sich eine weiterhin gewerbliche Nutzung der Räumlichkeiten, um die Belebung der Gegend um den Neuen Markt weiterhin zu fördern.

Die Mitglieder des FA zeigen sich erstaunt darüber, dass ein derartiges Vorhaben nicht mindestens zur Kenntnisnahme an den Beirat Neustadt übermittelt worden sei.

Ein FA-Mitglied der Partei DIE LINKE bittet das Ortsamt Rücksprache mit der Sparkasse zu halten und sich über weitere Nutzungsmöglichkeiten diesbezüglich zu informieren.

Ein Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bittet das Ortsamt darum, sich an die Senatorische Behörde für Umwelt, Klima und Bau zu wenden und anzuregen, derartige Bauprojekte immer an den Beirat Neustadt heranzutragen.

Uwe Martin erwidert, dass es schwierig sei, die Sparkasse, als privates Unternehmen, zu einer Auskunft zu verpflichten. Außerdem bittet er darum, den Hinweis an das Bauressort in den Fraktionen zu diskutieren.

TOP 8. Nahversorgung Gottfried-Menken-Markt

Zur Situation der Nahversorgung am Gottfried-Menken-Markt teilt der OAL mit, dass die GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen aktuell in Verhandlung mit einem zukünftigen Betreiber sei, sodass ein Vertragsabschluss kurz bevorstehe (siehe auch TOP 3 Bürgeranliegen).

Eine Bürgerin regt an, dass ein Treffen mit den betroffenen Bürger:innen stattfinden könne, um zu erfragen, welche weiteren Pläne die GEWOBA habe, sowie Ideen und Wünsche der Anwohnenden zu erfahren. Die Stimmung unter den Bürger:innen sei schlecht.

Ein Mitglied des FA der SPD möchte den Vorschlag der Bürgerin aufgreifen, da er den Austausch für sinnvoll halte. Die GEWOBA solle eingeladen werden, auf der nächsten öffentlichen Sitzung des Beirates Neustadt über die weitere Planung am Gottfried-Menken-Markt zu referieren. Er halte eine Besprechung diesbezüglich bei dem nächsten Koordinierungsausschuss für sinnvoll.

TOP 9. Berichte des Amtes

./.

TOP 10. Berichte aus dem Fachausschuss

./.

TOP 11. Verschiedenes

./.

Im Anschluss an diese Sitzung tagt der Fachausschuss nichtöffentlich.

Azalea Rahman
stellv. Ausschusssprecherin

Uwe Martin
Sitzungsleitung

Viktoria Hochlan
Protokoll